

318/I

K. N. V.

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Ursin und Genossen an den Herrn Staatskanzler, betreffend die endliche Abschiebung der Ostjuden.

Mit Bezug auf frühere Anfragen und in Anbetracht der zunehmenden Erregung der einheimischen Bevölkerung, die es nicht einsehen kann, daß trotz aller Entbehrungen, trotz der fürchterlichsten Ernährungs- und Wohnungsnot Staatsfremde, die sich mit allerlei schmutzigen Geschäften befassen, aus unserem verarmten Staate in überflüssig schonungs-voller Weise nicht schon längst entfernt wurden, verweisen wir auch auf die vom deutschen Volksrate für Wien und Niederösterreich in dieser Sache eingeleitete Unterschriftenammlung (bisher 1040 Bogen mit 28.000 Unterschriften) und auf die zahlreichen Versammlungen in Wien, welche die Abschiebung der Ostjuden und die Besserung der Ernährungsverhältnisse zum Gegenstande der Ver-

handlung hatten. Die Wünsche eines Großteiles der bodenständigen Bevölkerung blieben aber unerfüllt.

In Anbetracht dieser Umstände stellen daher die Unterfertigten an den Herrn Staatskanzler die Anfragen:

„1. Warum hat die Staatsregierung zur Vinderung der Wohnungs- und Ernährungsnot nicht schon längst die Ostjuden entfernt?“

2. Wann endlich erfolgt, bevor die Bevölkerung zur begreiflichen Notwehr greift, die Abschiebung dieser volksfremden Elemente?“

Wien, 18. März 1920.

Dr. Straffner.
Pauhy.
Elesin.
J. Mayer.
Größbauer.

Dr. Ursin.
Dengg.
Thanner.
Dr. Angerer.
Wedra.
Müller-Guttenbrunn.